

**Hedwig Brüchert**

## **Ausländische Zwangsarbeiter in Mainz während des Zweiten Weltkrieges<sup>1</sup>**

### **1. Einführung**

Die im Jahr 2000 mit der Gründung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“ angestoßene Diskussion um die Entschädigung von Millionen von Menschen, die von 1939 bis 1945 unter meist unmenschlichen Bedingungen im nationalsozialistischen Deutschland Zwangsarbeit leisten mussten, hat ein lange Zeit verdrängtes und vergessenes Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte ins öffentliche Bewusstsein gerückt.

Zwangsarbeit war während der Kriegsjahre im “Dritten Reich” allgegenwärtig und beschränkte sich nicht auf die Rüstungsindustrie. “Fremdarbeiter” und “Fremdarbeiterinnen” waren in allen Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben, im Handwerk und im Gastgewerbe, in der Landwirtschaft, in Privathaushalten, in Staatsbetrieben und in kommunalen Verwaltungen in allen Regionen Deutschlands in Stadt und Land zu finden. Die Gesamtzahl an ausländischen Arbeitskräften, die sich während des Zweiten Weltkriegs in Deutschland befanden, wird auf bis zu 13,5 Millionen (einschl. der Kriegsgefangenen) geschätzt.

Da die Art und Weise der Rekrutierung sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Zwangsarbeiter je nach ihrer Herkunft und ihrem Status (Kriegsgefangene oder Zivilarbeiter) sehr unterschiedlich waren, muss man jede Gruppe getrennt betrachten. Ich möchte heute nur auf die Zivilarbeiter eingehen, und zwar vor allem aus Frankreich, Polen und der Sowjetunion. Neben der Schilderung ihrer allgemeinen Lebens- und Arbeitsbedingungen will ich auch auf die besondere Problematik der osteuropäischen Frauen und ihrer Kinder in Deutschland sowie auf die Praxis der Bestrafung von ausländischen Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern durch die Gestapo bei Verstößen gegen die strengen Ausländerbestimmungen eingehen und dabei einige Beispiele aus Mainz aufführen.

### **2. Die Ankunft der Polen 1939**

Schon bald nach dem deutschen Überfall auf Polen wurden im Herbst 1939 neben polnischen Kriegsgefangenen auf Anweisung Görings mit Hilfe der inzwischen in Polen aufgebauten deutschen Arbeits-

---

<sup>1</sup> Es handelt sich um den Text eines Vortrags, der am 14. April 2008 im Rahmen der Vortragsreihe des Mainzer Altertumsvereins zur NS-Zeit im Mainzer Rathaus gehalten wurde.

verwaltung auch zivile Arbeitskräfte, bevorzugt junge Mädchen, ins Reichsgebiet geschafft.<sup>2</sup> Diese raschen Entscheidungen auf oberster politischer Ebene machten es möglich, dass sich die Mobilmachung der deutschen männlichen Arbeitskräfte kaum nachteilig auf den Produktionsprozess in Deutschland auswirkte. Auf Zwangsmaßnahmen gegenüber der deutschen Bevölkerung, wie einer Arbeitsverpflichtung für Frauen, konnte das Regime zunächst verzichten. Dadurch wurde vermieden, dass sich die Stimmung in der Bevölkerung, die den Machthabern seit Beginn des Krieges Anlass zur Sorge gab, weiter verschlechterte.<sup>3</sup>

Die meisten Polinnen und Polen wurden in der Landwirtschaft eingesetzt und einzeln bei ihren Arbeitgebern untergebracht. Mit der Arbeitsleistung der polnischen Arbeitskräfte waren die Bauern in der Regel äußerst zufrieden. In vielen Fällen brachten die Polen einschlägige Vorkenntnisse mit.

***Bild 1 und Bild 2: Arbeitsbuch eines polnischen Landarbeiters  
(Teodor Duda),  
Außen- und 2 Innenseiten***

Auch in den Mainzer Vororten und Umlandgemeinden bekamen die landwirtschaftlichen Betriebe vom Arbeitsamt einen oder mehrere Polen zugewiesen, wenn der Bauer, dessen Söhne oder die deutschen Knechte zur Wehrmacht eingezogen wurden. Die polnischen Hilfskräfte gehörten in den Dörfern schon bald zum normalen Erscheinungsbild.

### **Die Polenerlasse**

Zwar hatte die Reichsführung durch das Hereinholen von Hunderttausenden von Polen den Arbeitskräftemangel in Deutschland im ersten Kriegsjahr weitgehend beheben können. Gleichzeitig hatte sie damit jedoch der Gefahr der "Überfremdung" Vorschub geleistet und gegen die eigenen ideologischen Überzeugungen gehandelt. Um der Bevölkerung diese widersprüchliche Entscheidung plausibel zu machen und gleichzeitig zu verhindern, dass die polnischen Arbeitskräfte von den Deutschen als ganz normale Kolleginnen und Kollegen behandelt wurden, musste sich das Regime etwas einfallen lassen. Im Spätjahr 1939 häuften sich in Berichten des Reichssicherheitsdienstes Klagen darüber, dass die Polen

---

<sup>2</sup> Zu den unterschiedlichen Anwerbemethoden und Arbeitsverpflichtungen in den verschiedenen Regionen Polens siehe: Czeslaw Luczak, Polnische Arbeiter im nationalsozialistischen Deutschland während des Zweiten Weltkrieges. In: Ulrich Herbert (Hrsg.), Europa und der "Reichseinsatz". Ausländische Zivilarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge in Deutschland 1938-1945. Essen 1991, S. 90-105, hier: S. 95-99. Siehe auch: Herbert, Fremdarbeiter, S. 95-101, sowie: Spoerer, Zwangsarbeit, S. 45-49.

<sup>3</sup> Herbert, Fremdarbeiter, S. 80.

in den Bauernfamilien „*allzu freundlich behandelt*“ würden und dass sich deutsche Frauen und Mädchen mit polnischen Männern einließen.<sup>4</sup>

Am 8. März 1940 erließ die NS-Führung in Berlin ein umfangreiches Paket von Vorschriften und Verboten zur Regelung des Arbeitsalltags und Freizeitverhaltens für die polnischen Zivilarbeiter, kurz „**Polen-erlasse**“ genannt.<sup>5</sup> Sie stellten den Beginn eines **Sonderrechts für Ausländer** im nationalsozialistischen Deutschland dar. Neben der Arbeitserlaubniskarte war nun für die Polen eine auf der Kleidung zu tragende **Kennzeichnung mit einem „P“** vorgeschrieben. Polen wurden vom kulturellen Leben und von deutschen Vergnügungsstätten, ebenso vom Besuch der normalen Gottesdienste ausgeschlossen.<sup>6</sup>

Die Bewegungsfreiheit der polnischen Arbeitskräfte wurde durch ein nächtliches Ausgehverbot und das Verbot der Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln eingeschränkt. Delikte am Arbeitsplatz, wie Arbeitsunlust, Arbeitsniederlegung, Aufhetzung anderer Arbeiter, unerlaubtes Verlassen des Arbeitsplatzes oder gar Sabotage, sollten der Gestapo gemeldet werden. Als Strafe war eine befristete Einweisung in ein Arbeitserziehungslager, im Wiederholungsfall in ein KZ vorgesehen. Für besonders schwerwiegende Verstöße drohte die **Todesstrafe**,<sup>7</sup> insbesondere für den Fall, dass ein polnischer Mann eine Liebesbeziehung zu einer deutschen Frau unterhielt. Er wurde in der Regel ohne Gerichtsverfahren sofort aufgehängt. Auch aus Rheinhessen sind solche Hinrichtungen bekannt, z.B. aus Mainz-Gonsenheim, wo ein polnischer Landarbeiter 1942 aus diesem Grund von der Gestapo ermordet wurde. Nach dem Krieg wurden diese Verbrechen totgeschwiegen. Zu den Verhaftungen kam es meist aufgrund von Denunziationen aus der Bevölkerung.

Die deutsche Frau aus einer solchen bekannt gewordenen verbotenen Liebesbeziehung wurde in der Regel zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe verurteilt oder in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück eingewiesen.

Zum Verhalten der Bauern: Die Behandlung der ausländischen Zwangsarbeiter in der Landwirtschaft und in anderen Kleinbetrieben war sehr unterschiedlich und hing von der politischen Einstellung und der Menschlichkeit des Arbeitgebers ab. Oft erhielten die Landarbeiter ausreichendes Essen, im Gegensatz zu ihren Leidensgefährten in den Fab-

---

<sup>4</sup> Herbert, Fremdarbeiter, S. 81-85.

<sup>5</sup> Herbert, Fremdarbeiter, S. 86f.

<sup>6</sup> Deutsche Frauen, denen eine sexuelle Beziehung zu einem Polen nachgewiesen werden konnte, wurden meist mit Einweisung in ein Konzentrationslager bestraft.

<sup>7</sup> Herbert, Fremdarbeiter, S. 89ff.

riklagern. In vielen Fällen durften sie auch, trotz des Verbots, gemeinsam mit der Familie am Tisch essen. Einzelne ehemalige Zwangsarbeiter berichten jedoch auch davon, dass sie getrennt essen und oft hungern mussten. Manche, auch Frauen, wurden von ihren Arbeitgebern körperlich misshandelt.

### **Französische Zivilarbeitskräfte**

Nach der Besetzung großer Teile Frankreichs durch die Wehrmacht brachte man nicht nur Hunderttausende französischer Kriegsgefangener zur Arbeit ins Deutsche Reich, sondern es wurden auch bald Arbeitskräfte durch deutsche Anwerbebüros in Frankreich rekrutiert. Die Zahl der Freiwilligen blieb allerdings gering. Deshalb griff Fritz Sauckel, der im März 1942 zum "Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz" ernannt worden war, zu anderen Maßnahmen. Er dehnte im Mai 1942 die Arbeitsdienstpflicht auf alle besetzten Gebiete aus und forderte von Frankreich ein erstes Kontingent von 250.000 Arbeitskräften an.

Im September 1942 führte daraufhin die französische Vichy-Regierung, die mit Hitler-Deutschland kollaborierte, per Gesetz die generelle Arbeitspflicht für Männer im Alter zwischen 18 und 50 Jahren und für ledige junge Frauen ein. Damit war das System des "Service du Travail Obligatoire", kurz "S.T.O." genannt, geboren. Bis Ende Dezember 1942 wurden fast 240.000 Franzosen nach Deutschland geschickt. 1943 wurde von Sauckel nochmals ein ähnlich hohes Kontingent angefordert. Die Vichy-Regierung verpflichtete nun alle jungen Männer von drei Rekrutenjahrgängen zur Arbeit im Deutschen Reich.

Einer davon war der 18-jährige Pierre Cordier aus Remiremont in den Vogesen, der ab Februar 1943 auf der Schiffswerft in Mainz-Gustavsburg arbeiten musste und später seine Erinnerungen an diese zwei harten Jahre seines Lebens anschaulich niederschrieb.

#### ***(Buch Cordier zeigen!)***

In der zweiten Hälfte des Jahres 1943 wurde außerdem ein Teil der französischen Kriegsgefangenen im Deutschen Reich in den Zivilarbeiterstatus überführt. Damit konnten sie nun auch in der Rüstungsindustrie eingesetzt werden. Besonders begehrt waren französische Facharbeiter.

In ihrer Freizeit durften sich die Franzosen innerhalb der Gemeinde, in der sie polizeilich gemeldet waren, frei bewegen. Es war ihnen allerdings untersagt, ihren Aufenthaltsort zu verlassen. Wenn sie bei "unerlaubtem Reisen" erwischt wurden, hatten sie mit strenger Bestrafung zu rechnen.

Dies musste auch Pierre Cordier am eigenen Leib erfahren, den das Heimweh dazu getrieben hatte, sich in einen Zug nach Frankreich zu setzen. Er wurde von einer Gestapo-Streife aufgespürt und musste dann einige Wochen harter Haftstrafe im Koblenzer Gefängnis verbringen, bevor er zur Schiffswerft zurückgebracht wurde.

### **“Ostarbeiter”**

Nun möchte ich auf die größte Gruppe der „Fremdarbeiter“, die „Ostarbeiter“, eingehen.

Nach dem anfangs erfolgreichen Russlandfeldzug eröffneten sich neue, scheinbar unbegrenzte Möglichkeiten und Ressourcen für die deutsche Kriegswirtschaft. Zunächst dachte die deutsche Führung allerdings nicht daran, Arbeitskräfte aus der Sowjetunion nach Deutschland zu holen, hatte die deutsche Propaganda die dortige Bevölkerung doch jahrelang als „bolschewistische Bestien“ und als „Untermenschen“ verteufelt. Es gab sogar ein ausdrückliches Verbot von Hitler, Arbeiter aus der Sowjetunion nach Deutschland zu holen. Man wollte vielmehr die dortigen materiellen Ressourcen, z.B. Getreide, ausbeuten und kalkulierte kaltblütig den Hungertod von Millionen Menschen in der Sowjetunion ein. Doch als sich zeigte, dass in Russland kein Blitzsieg zu erreichen war und die deutschen Soldaten noch für lange Zeit in den besetzten Ostgebieten gebunden sein würden, erkannte die deutsche Wirtschaftsführung den Wert der dortigen riesigen Arbeitskräftereservoirs.

Parallel zum beginnenden Einsatz von sowjetischen Kriegsgefangenen wurden trotz erheblicher Sicherheitsbedenken innerhalb der NS-Führung ab Winter 1941/42 auch die ersten Zivilarbeitskräfte in den besetzten Gebieten der Sowjetunion angeworben. Zunächst sollten sie nur im Bergbau im Ruhrgebiet verwendet werden; schon bald erkannte man jedoch in der Rüstungsindustrie, dass sich auch dort der akute Arbeitskräftemangel auf absehbare Zeit nur über den Einsatz von „Zivlrussen“ würde lösen lassen.<sup>8</sup> Mit der Ernennung von Albert Speer zum Reichsminister für Bewaffnung und Munition, Generalinspekteur für das Straßenwesen sowie Generalinspekteur für Wasser und Energie (damit zum Leiter der gesamten Kriegswirtschaft) und der Schaffung des Amtes eines „Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz“, das mit Fritz Sauckel besetzt wurde, waren im Februar/März 1942 die Weichen gestellt, um ohne allzu viele Rücksichten auf ideologische Vorbehalte und

---

<sup>8</sup> Ausführlicher zu den Diskussionen innerhalb der nationalsozialistischen politischen Führung und der Wirtschaftsführung: Herbert, Fremdarbeiter, S. 163-170.

bürokratische Zuständigkeiten allein entsprechend dem Bedarf der Kriegswirtschaft die notwendigen Arbeitskräfte ins Reich zu schaffen.

**Bild 3: Ankunft von „Ostarbeiterinnen“ (Wiesbaden)**

Gab es anfangs noch freiwillige Meldungen zur Arbeit im Deutschen Reich, als Folge von Not und Arbeitslosigkeit nach der vollständigen Zerstörung der Wirtschaftsstrukturen in den besetzten Gebieten,<sup>9</sup> so wurden diese schon bald durch Zwangsmaßnahmen abgelöst. Zwar war zum Beispiel die Bevölkerung in der Ukraine anfangs durchaus deutschfreundlich eingestellt gewesen. Die mancherorts brutale Besatzungspolitik der Deutschen, der rücksichtslose Abtransport von Arbeitskräften, wobei häufig Mütter von ihren Kindern getrennt wurden, und die ersten eintreffenden Nachrichten von den Lebensbedingungen für „Ostarbeiter“ im „Reich“ hatten rasch bewirkt, dass sich die Menschen den deutschen Werbekommissionen mit allen Mitteln zu entziehen versuchten.<sup>10</sup> Häufig bedeutete dies die Flucht zu den Partisanen. Daraufhin wurden bestimmte Quoten für die einzelnen Gemeinden festgesetzt und die Erfüllung der Zahlen mit Hilfe von Wehrmacht und Polizei gewaltsam durchgesetzt. Unmissverständlich hatte der Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz, **Sauckel**, angekündigt: **„Ich habe meinen Auftrag von Adolf Hitler erhalten, und ich werde die Millionen Ostarbeiter nach Deutschland holen ohne Rücksicht auf ihre Gefühle, ob sie wollen oder nicht.“**<sup>11</sup>

Als Vergeltung für die zunehmende Partisanentätigkeit führten Wehrmachtsverbände gemeinsam mit Waffen-SS, Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei, des SD und der Ordnungspolizei ab 1942 vor allem in Weißrussland „Großaktionen“ durch. Dabei wurden einzelne Gebiete abgesperrt, die eingekesselten Partisanenverbände angegriffen, anschließend aus dem gesamten Gebiet die landwirtschaftlichen Produkte sowie das Vieh abtransportiert und die Bevölkerung ermordet oder zur Arbeit verschleppt.<sup>12</sup> So kamen oft ganze Familien einschließlich Kindern und alten Leuten in Deutschland an.

<sup>9</sup> Vgl. Spoerer, Zwangsarbeit, S. 73.

<sup>10</sup> Rolf-Dieter Müller, Die Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter für die deutsche Kriegswirtschaft. In: Herbert, Europa und der „Reichseinsatz“, S. 234-250, hier: S. 234-244.

<sup>11</sup> Zit. nach: Müller, Rekrutierung sowjetischer Zwangsarbeiter, S. 237.

<sup>12</sup> Zu den gewaltsamen Aushebungen von Zivilarbeitskräften in den von der Wehrmacht besetzten Gebieten in der Sowjetunion, insbesondere zu den „Großaktionen“ und zur Politik der „verbrannten Erde“, siehe: Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944, Ausstellungskatalog, hrsg. v. Hamburger Institut für Sozialforschung. Hamburg 2002, Kapitel „Deportationen“, S. 361-428.

Ein Teil der sowjetischen Arbeitskräfte, vor allem junge Frauen, wurde in der Landwirtschaft oder in Privathaushalten als Dienstpersonal beschäftigt. Der größte Teil der „Ostarbeiterinnen“ und „Ostarbeiter“ wurde jedoch sofort nach ihrem Eintreffen in Deutschland der Industrie zugewiesen. Bei der Zuteilung der Arbeitskräfte durch das Arbeitsamt wurden vor allem kriegswichtige Betriebe berücksichtigt.

*Bild 4: Foto einer jungen Russin bei einer Bauersfamilie in Mainz-Gonsenheim, mit dem Kind der Bauern*

Bei den Wohnunterkünften für die „Ostarbeiter“ in der Industrie handelte es sich um überaus einfache Quartiere, die meist auf dem Firmengelände rasch errichtet worden waren. Häufig verwendete man dazu Baracken des Reichsarbeitsdienstes. Um Arbeitskräfte vom Arbeitsamt zugeteilt zu bekommen, mussten die Unternehmen nachweisen, dass eine geeignete Unterkunft vorhanden war. Dabei war vorgeschrieben, „Westarbeiter“ und „Ostarbeiter“ getrennt voneinander unterzubringen und auch getrennte Küchen einzurichten. Die Lager für „Ostarbeiter“ mussten bestimmte Sicherheitsanforderungen erfüllen. Da sich diese überaus strengen Vorschriften nicht alle als zweckmäßig erwiesen, wurden sie z.T. später etwas gelockert. Z.B. mussten die Lager nicht mehr mit Stacheldraht eingezäunt sein.

### **Die „Ostarbeiter-Erlasse“**

Zusätzlich zu der schweren Arbeit, den langen Arbeitszeiten und der Unterbringung in primitiven Massenquartieren war das alltägliche Leben der „Ostarbeiter“ durch zahllose staatliche Verordnungen und Erlasse bis ins Kleinste reglementiert. Den NS-Behörden lag vor allem daran, jedes Gefühl von Solidarität auf Seiten der Deutschen mit ihren russischen und ukrainischen Arbeitskollegen zu unterbinden, da sich bei der Arbeit in der Industrie ein isolierter Einsatz der Ausländer nicht durchführen ließ.<sup>13</sup>

Nach dem Vorbild der bereits erprobten „Polen-Erlasse“ wurden rasch die „**Ostarbeiter-Erlasse**“ ausgearbeitet und am 20. Februar 1942 von Heydrich unterzeichnet. Für die Ahndung von Verstößen gegen die „Ostarbeiter-Erlasse“ war die Gestapo zuständig. Wie bei den „Polen-Erlassen“ war bei „Geschlechtsverkehr mit Deutschen“ die Todesstrafe, bei „Arbeitsvertragsbruch“ und anderen schweren Disziplinwidrigkeiten die Einweisung in ein Arbeitserziehungslager oder KZ vorgesehen.<sup>14</sup> Der

<sup>13</sup> Herbert, Fremdarbeiter, S. 179f.

<sup>14</sup> Herbert, Fremdarbeiter, S. 181.

Postverkehr mit der Heimat war streng reglementiert. So durften “Ostarbeiter” nur zweimal im Monat eine zensierte Postkarte nach Hause schreiben.

Nicht alle Fabrikbesitzer oder -leiter waren überzeugte Nationalsozialisten, auch wenn sie dies nach außen nicht zeigen durften. Eine innerlich ablehnende Haltung dem Hitler-Regime gegenüber ging oft einher mit dem Bemühen, eine schützende Hand über die eigenen Arbeitskräfte, auch über die ausländischen, zu halten. So ist z.B. aus den Chemischen Werken Albert bekannt, dass Direktor Mehl wegen seines menschlichen Verhaltens seinen „Fremdarbeitern“ gegenüber von der Gestapo und von dem von der Partei eingesetzten Betriebsführer misstrauisch beobachtet wurde.

### **Zwangsarbeiterlager und Zahlen der ausländischen Zwangsarbeiter in Mainz**

Nun möchte ich versuchen, den Umfang der Zwangsarbeit in Mainz und seinen Vororten annähernd zu beziffern.

Für die Kreise des NS-Gaues Hessen-Nassau haben sich im Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden Listen mit den Ausländerlagern aus den Jahren 1942 und 1943 erhalten, die von der DAF zusammengestellt wurden. Für den Kreis Mainz sind in der Liste vom 26. Oktober 1942 **40 Lager** aufgeführt, **davon 35 in der Stadt Mainz (einschl. der damals zu Mainz gehörenden und der heute eingemeindeten Vororte)**. Die Gesamtzahl der in diesen 40 Lagern untergebrachten **Arbeitskräfte betrug rund 2.000** (1.496 Männer, 534 Frauen).

Die zweite, am 1. April 1943 angefertigte Liste weist für den Kreis Mainz 48, davon für die **Stadt Mainz 43 Lager** aus. **Die Zahl der ausländischen Arbeiter** in diesen Lagern war auf **fast 3.000** angestiegen (2.116 Männer, 825 Frauen).<sup>15</sup>

Damit waren in der Stadt Mainz im Vergleich zum Landkreis und zu den übrigen drei rheinhessischen Kreisen mit Abstand die meisten Zwangsarbeitskräfte beschäftigt, was mit der stärkeren Industrialisierung zusammenhing.

restl. Kreis Mainz (ohne Stadtgebiet):	5 Lager
Kreis Bingen:	13 Lager
Kreis Worms:	20 Lager
Kreis Alzey:	2 Lager.

Bei den oben für Mainz genannten Zahlen ist zu berücksichtigen, dass die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte, die bei den Bauern wohnten,

---

<sup>15</sup> HHStA Abt. 483 Nr. 7328.



in diesen Listen nicht erfasst sind. Ebenso fehlen die einzeln bei ihren Arbeitgebern untergebrachten Haushaltshilfen oder Hilfskräfte in Geschäften und Handwerksbetrieben, so dass die Gesamtzahl der ausländischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Mainz mit Vororten wesentlich höher lag.

Weiter ist zu berücksichtigen, dass die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte von April 1943 (Datum der letzten Mainzer Listen) bis etwa Mitte des Jahres 1944 überall nochmals deutlich anstiegen. So kamen z.B. in Mainz am 1. Juni 1944 allein etwa 100 sowjetische Arbeiter neu in das Lager der Reichsbahn an der Mombacher Straße 56.<sup>16</sup> Wir können also wohl davon ausgehen, dass in Mainz mindestens 4.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in Fabriklagern lebten. Hinzu kommen schätzungsweise 1.000 einzeln bei ihren Arbeitgebern untergebrachten Kräften sowie mindestens 1.000 Kriegsgefangene, dann ab Herbst 1943 nochmals größere Zahlen von Italienischen Militär-Internierten, den sog. IMIs oder „Badoglios“, die nach dem Bruch Italiens mit Hitler-Deutschland im Juli 1943 von der Wehrmacht gefangengenommen und nach Deutschland gebracht wurden. Die Gesamtzahl dürfte also 6.000 bis 8.000 betragen. Da keine Meldeunterlagen für Mainz erhalten sind, wird sich die Gesamtzahl wohl nie mehr genau feststellen lassen.

### **Fabriklager in der Stadt Mainz**

Ein großer Teil der Mainzer Zwangsarbeiter und -arbeiterinnen arbeitete in Fabriken bzw. bei kommunalen oder Staatsbetrieben (Reichsbahn) und war, wie bereits erwähnt, in Lagern des jeweiligen Unternehmens einquartiert. Diese Lager wurden regelmäßig von der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) kontrolliert.

Die größten Fabriklager für Arbeitern und Arbeiterinnen verschiedener Nationalitäten gab es in folgenden Fabriken (Zahlen vom 1.4.1943):

<b>M.A.N. Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG., Mainz-Gustavsburg</b>	177	Ostarbeiter	O.	w.
	36	Holländer		m.
	75	Flamen		m.
	30	Wallonen		m.
	329	Franzosen		m.
	93	Italiener		m.
	4	Slowaken		m.
	211	Ukrainer	O.	m.
	80	Russen	O.	m.
	25	Weissruth.	O.	m.
	7	Tataren	O.	m.

**1.067**

<sup>16</sup> ITS, Stadtkreis Mainz, Bl. 179-184.

<b>Chemische Werke Albert, Mainz-Amöneburg</b>	3	Flamen	w.
	22	Franzosen	w.
397 (ohne 44 frz. Kgf)	11	Polen	G. w.
	82	Russen	O. w.
	44	Franzosen	Kgf.
	47	Franzosen	m.
	1	Holländer	m.
	128	Flamen	m.
	3	Wallonen	m.
	49	Italiener	m.
	1	Protektorat	m.
	45	Polen	G. m.
	1	Ukrainer	G. m.
	3	Litauer	m.
	1	Russe	O. m.
<b>Dr. Ing. Pfeiderer, Mainz (Betonplatten für Fertigbauten, vor allem für die Wehrmacht)</b>	2	Flamen	w.
	9	Franzosen	w.
	3	Slowaken	w.
	4	Kroaten	w.
286	121	Russen	O. w.
	1	Tatare	O. w.
	11	Deutsche	m.
	5	Volksdeutsche	m.
	40	Flamen	m.
	9	Franzosen	m.
	97	Russen	O. m.
<b>Deutsche Reichsbahn, Bahnmeisterei Mainz, Mombacher Straße 1</b>	39	Italiener	m.
Deutsche Reichsbahn, Bauzug 1901, Mainz a. Rhein	34	Deutsche	m.
	2	Flamen	m.
	53	Franzosen	m.
Deutsche Reichsbahn, Bahnmeisterei Mainz-Bischofsheim, Altes Empfangsgebäude	58	Italiener	m.
	26	Ukrainer	O. w.
Reichsbahn, alle drei zusammen: 248 (ohne 74 frz. Kgf.)	70	Weissruth.	O. w.
	74	Franzosen	Kgf.
<b>Westwaggon AG., Mainz-Mombach</b>	113	Franzosen	Kgf.
96 (ohne 113 frz. Kgf.)	96	Russen	O. m.
<b>Schiffswerft u. Maschinenfabrik Mainz-Gustavsburg G.m.b.H., Mainz-Gustavsburg</b>	1	Volksdeutscher	
	3	Holländer	m.
	11	Flamen	m.
	1	Wallone	m.
	27	Franzosen	m.
	1	Franzosen	w.
	1	Spanier	m.
	1	Italiener	m.
	1	Ungar	m.
	1	Pole	G. m.
	1	Ukrainer	G. m.
	3	Polen	S. m.
	16	Ukrainer	O. m.
	1	Ukrainer	O. w.
	2	Russen	O. m.
	8	Sowjet	Kgf.
<b>VDM-Halbwerkzeuge GmbH., Abt. Drahtwerk Mainz-Gustavsburg</b>	18	Ukrainer	O. m.
	24	Deutsche	m.
57	39	Italiener	m.
<b>Werner &amp; Mertz AG., Mainz/Rh.</b>	17	Polen	S. w.
	33	Ukrainer	O. w.
55	5	Russen	O. w.

<b>Zellstoff-Fabrik Waldhof, Werk Kostheim,</b> Lager: Gasthaus Adler, Mainz-Kostheim, Hauptstr. 122	10 Holländer 1 Flame 41 Franzosen	m. m. m.
52		
<b>Chr. Adt. Kupferberg &amp; Co Kom.-Ges.,</b> Lager: Kupferbergterrasse 19	51 Franzosen 38 Ukrainer	Kgf. O. w.
38 (ohne 51 frz. Kgf.)		
<b>Gesellschaft für Linde's Eismaschinen AG.</b> <b>Mainz-Kostheim,</b> An der Rampe 21	85 Franzosen 33 Russen	Kgf. O. m.
33 (ohne 85 frz. Kfg.)		

Abk: G. = Aus dem Generalgouvernement u. dem Bezirk Bjalistok, O. = Ostarbeiter, S. = Schutzangehörige des Reiches  
Quelle: HHStA 483/7328

Weitere Lager, meist Sammellager für Arbeiter aus Kleinbetrieben, befanden sich z.B. in der Goetheschule und auf dem Goetheplatz in der Mainzer Neustadt.

### **Einzelerinnerungen**

Ein ukrainischer ehemaliger Zwangsarbeiter, **Nikolaj Trokal aus dem Dorf Brodok im Bezirk Winnica in der Ukraine, geb. 1926**, erinnert sich an seine Zeit in Mainz in den Jahren 1943 und 1944 (vorher und zwischendurch musste er bei der Reichsbahn in Babenhausen und in Wiesbaden arbeiten). Er war in der Goetheschule untergebracht und musste in Mainz und Wiesbaden Wohnbaracken für die ausgebombte Bevölkerung bauen. Im Jahr 2001 konnte ich ihn schriftlich befragen.

Auf die Frage, wieviele Menschen ungefähr in dem Lager in der Goetheschule lebten, glaubte er sich zu erinnern: **400-600**.

Das wäre ein sehr großes Lager gewesen, und es ist zu vermuten, dass zu diesem Zeitpunkt kein Schulbetrieb in der Goetheschule stattfand. Leider sind alle städtischen Akten über diese Zeit vernichtet.

Auf die Frage, wie der Lagerleiter (und das übrige deutsche Personal) die ausländischen Arbeitskräfte behandelten, berichtet er von einem Vorkommnis, das er bis ins hohe Alter nicht vergessen hat:

*„Einmal hat man uns – vier Leute – zu einem Dorf in die Berge geschickt (vermutlich in den Taunus), um Bauteile für die Baracken zu holen. Dort gab uns ein freundlicher alter Deutscher etwas Wein zu trinken. Nachdem man uns zurück ins Lager gebracht hatte, haben die Wachleute uns stark geschlagen und dann über Nacht in den Keller eingesperrt [offenbar nur, weil sie den angebotenen Wein eines Deutschen getrunken hatten]. Morgens mussten wir ohne Essen zur Arbeit gehen. Man hat uns so schlimm behandelt, dass ich keine passenden Worte dafür finden kann.“*

Auf die Frage: Wie verhielten sich die deutschen Kollegen? antwortete er:

*„In Wiesbaden arbeitete ich mit dem Meister Otto. Wir bauten zusammen die Fensterrahmen und Türen in die Baracken ein. Der war ein Mensch mit einer sehr guten Seele. Ein ewiger Frieden soll mit ihm sein! Er ist sicherlich nicht mehr am Leben – er war schon damals alt. Vielleicht leben noch seine Kinder.“*

Weitere Frage: Wurden Sie persönlich jemals von der Polizei oder der Gestapo verhört oder verhaftet? Antwort:

*„Ich und meine Kameraden – Anton Tertanoj (verstorben), Peter Umanec (verstorben) und ein Pole Wojcick – versuchten aus Mainz in die Heimat zu fliehen. Wir fuhren bis nach Frankfurt. Dort wurden wir von der Polizei verhaftet und in das Arbeitserziehungslager gebracht. Dort arbeiteten wir auf einem Hüttenwerk. Das war eine Hölle.“*

Frage: Welche Erinnerungen haben Sie an die Bombenangriffe? Durften Sie einen Luftschutzkeller aufsuchen?

*„Mainz wurde sehr stark bombardiert. Der Luftalarm war 5 bis 6 Mal am Tag. Es war schrecklich. Ein Mal im Jahre 1944, als Mainz besonders stark bombardiert worden war und ca. 70-80% der Gebäude zerstört wurden, gab es sehr viele Leichen. Wir mussten sie wegräumen. Das war ein schreckenerregender Anblick. Wir versteckten uns vor Bombern im Keller der Schule, in der wir wohnten.*

*Während eines Bombenangriffs wurde ich von einer Mauer stark gequetscht. Seit dieser Zeit kann ich auf dem rechten Auge nicht mehr sehen. Ich bekam ärztliche Hilfe, kam aber nicht ins Krankenhaus. Ich bin ein Invalide, habe aber keine Dokumente darüber.“*

Ein anderer Zwangsarbeiter aus dem Dorf Stara Petschena im Bezirk Kiriwograd in der Ukraine, Andrej Dangul, berichtete über seine Arbeit in der Reichsbahn-Reparaturwerkstätte auf dem Mainzer Bahngelände an der Mombacher Straße. Er fertigte eine Skizze an, auf der er den früheren Lokomotivreparaturschuppen einzeichnete und den Weg, den er und seine Kollegen jeden Tag entlang der Gleise vom Hauptbahnhof zu ihrem Arbeitsplatz nahmen, denn sie mussten täglich mit dem Zug aus dem Wohnlager der Reichsbahnmeisterei Wiesbaden nach Mainz fahren. Anfangs bekamen sie ihr karges Mittagessen gebracht, später jedoch nicht mehr, so dass sie den ganzen Tag hungern mussten und erst abends nach der Rückkehr ins Lager (in der Regel nach 10 Stunden schwerer Arbeit) ihr Essen bekamen. Er schrieb auch, dass die „Ostarbeiter“ der

Reichsbahn bei Fliegeralarm anfangs nicht in den öffentlichen Bunker (an der Goethe-Unterführung) hinein durften, sondern nur die Deutschen. Den „Ostarbeitern“ stand nur ein wenig Schutz bietender Unterstand zur Verfügung. Gegen Ende des Krieges durften sie jedoch mit in den stabilen Bunker, obwohl dies eigentlich verboten war. Wahrscheinlich wollte man sie angesichts der zunehmenden Bombenabwürfe nicht als Arbeitskräfte verlieren.

*Bild 08: Foto alte Lok-Reparaturhalle an der Mombacher Straße*

*Bild 09: Skizze Bahngelände Mainz, Lok-Reparaturhallen*

Im „Ostarbeiterinnenlager“ der Chemischen Werke Albert in Mainz-Amöneburg lebten im April 1943 über 80 junge Russinnen. Einige davon waren im Labor, andere in der Produktion eingesetzt.

*Bild 05: Foto: Ukrainerinnen Chem. Werke Albert im Labor*

*Bild 06: „Ostarbeiterinnen“ und „Ostarbeiter“ aus dem Lager der Chem. Werke Albert, vor dem Fabrikgebäude*

*Bild 07: Zwei Ukrainerinnen Chem. Werke beim Sonntagsspaziergang*

Sie durften nur sonntags einige Stunden ihr Lager auf dem Werksgelände verlassen und genossen es dann, einen Spaziergang zum Rheinufer zu machen. Wenn man die Bilder dieser freundlichen jungen Mädchen heute sieht, kann man sich nur schwer vorstellen, dass die deutsche Bevölkerung noch länger an die NS-Propaganda glaubte, die stets vor den „Untermenschen“ und „bolschewistischen Bestien“ aus dem Osten gewarnt hatte.

### **Verhalten der deutschen Arbeitskollegen und der Bevölkerung**

Auch wenn der deutschen Bevölkerung immer wieder eingeschärft wurde, dass sie sich den Ausländern gegenüber zurückhaltend benehmen und jeden privaten Kontakt mit ihnen vermeiden sollte, entwickelte sich doch in vielen Fällen nach einiger Zeit ein normales kollegiales Verhalten in den Betrieben. Da die deutschen Arbeitskollegen tagtäglich mit ansahen, wie die sowjetischen Arbeitskräfte Hunger litten und in zerlumpten Kleidern herumliefen, versuchten etliche Deutsche heimlich zu helfen. Die Nazi-Propaganda schaffte es nicht, alle mitmenschlichen Reaktionen zu unterdrücken.

### **Ernährung**

Die Nahrung der „Ostarbeiter“ war von staatlicher Seite genau festgelegt. Zwar waren während des Krieges die meisten Lebensmittel für

alle, auch für die deutsche Bevölkerung, rationiert. Im Vergleich zu den Zuteilungen der Deutschen und der Westarbeiter erhielten die Arbeitskräfte aus der Sowjetunion jedoch nicht nur geringere Mengen an Fleisch und Fett, sondern außerdem Lebensmittel von minderer Qualität (das Fleisch für die "Ostarbeiter" durfte nur von der Freibank des örtlichen Schlachthofs bezogen werden) und so gut wie kein frisches Gemüse mit Ausnahme von Kohl. Die einseitige, nährstoffarme und zudem meist lieblos und wenig schmackhaft zubereitete Nahrung verursachte bei zahlreichen Menschen gravierende Magen- und Darmkrankheiten. Für die meisten "Ostarbeiterinnen" und "Ostarbeiter" war Hunger während ihres Zwangsaufenthaltes in Deutschland der ständige Begleiter und spielt in fast allen Erinnerungen eine zentrale Rolle.

Wie gesagt, trifft dies vor allem auf die in Industrielagern lebenden Zwangsarbeiter zu. Bei individueller privater Unterbringung konnten je nach Arbeitgeber die Lebensbedingungen durchaus human sein.

Doch fast immer litten die zwangsweise nach Deutschland gebrachten Menschen, besonders die ganz jungen, die noch halbe Kinder waren, unter starkem Heimweh und litten unter der feindseligen Umgebung.

### **Medizinische Versorgung**

Die "Ostarbeiter" und "Ostarbeiterinnen" waren zwar in den Allgemeinen Ortskrankenkassen versichert, und es wurden ihnen entsprechende Beiträge vom Lohn abgezogen. Sie sollten jedoch möglichst nicht in Krankenhäuser eingewiesen werden. Im Krankheitsfall wurden sie in der Regel von einem Vertragsarzt behandelt, der in bestimmten Abständen ins Lager kam. Wenn es aus medizinischer Sicht erforderlich war, wurden jedoch vielerorts auch die "Ostarbeiter" ins Krankenhaus eingewiesen. So wurden auch im Städtischen Krankenhaus Mainz Hunderte von ausländischen Patienten behandelt.

### **Zum Thema: Kinder von „Ostarbeiterinnen“**

Die häufigen Schwangerschaften bei polnischen und sowjetischen Frauen stellten ein großes Problem dar, mit dem die Verantwortlichen für den „Ausländer-Arbeitseinsatz“ nicht gerechnet hatten. Durch die Schwangerschaften war die Arbeitskraft der Frauen eingeschränkt, und man wusste nicht, wo die „Ostkinder“ untergebracht werden sollten, wenn ihre Mütter nach der Entbindung die Arbeit wieder aufnehmen mussten. Deshalb sah man bei diesen „wertlosen“ Kindern eine Abtreibung als die beste Lösung an, obwohl Abtreibung im „Dritten Reich“ ansonsten unter Strafe stand.

Die schwangeren sowjetischen und polnischen Frauen wurden zu einer Begutachtung durch einen NS-Rasseprüfer vorgeladen. Falls er zu dem Schluss kam, dass „rassisch wertvoller“ Nachwuchs zu erwarten war, weil z.B. der Erzeuger des Kindes Deutscher war, wurde ein Schwangerschaftsabbruch verboten. In diesen Fällen sollte das Kind der Mutter weggenommen und in einem NS-Kinderheim untergebracht werden. War ein „rassisch wertloses“ Kind zu erwarten, wurde die Frau zum Schwangerschaftsabbruch gedrängt, wobei mehrere Dienststellen ihre Zustimmung geben mussten.

Im Gau Hessen-Nassau war für die Gutachtertätigkeit der SS-Oberscharführer und Eignungs-Prüfer Dr. Ratzeburg zuständig, der dem Höheren SS- und Polizeiführer Rhein-Westmark in Wiesbaden zugeordnet war. Bis in das Frühjahr 1945 hinein unternahm er im gesamten Gau seine „Dienstreisen“. Er entschied nicht nur über Schwangerschaftsabbrüche, sondern gab auch Gutachten im Fall von beantragten „Eindeutschungen“ von Ausländern u.a. ab.<sup>17</sup> Regelmäßig führte er seine „Eignungsprüfungen“ auch im Gesundheitsamt Mainz durch, wo sich die schwangeren „Ostarbeiterinnen“ einfinden mussten.

Häufig war der Dienstweg jedoch so lang, dass ein Schwangerschaftsabbruch trotz seiner Empfehlung nicht mehr möglich war. Es wurden deshalb zahlreiche rassistisch unerwünschte „Ostkinder“ in Deutschland geboren. Die Frauen sollten jedoch nicht in den normalen Kliniken ihre Kinder zur Welt bringen. Die NS-Führung hatte deshalb mehrere spezielle „Entbindungsheime“ eingerichtet, in denen haarsträubende medizinische und pflegerische Zustände herrschten. Für den Gau Hessen-Nassau waren dies die Heime in Pfaffenwald bei Hersfeld und im Durchgangslager Kelsterbach, wo die meisten der Säuglinge durch mangelnde Pflege und gezielte Vernachlässigung kurz nach der Geburt starben. Auch für die Mütter war das Gesundheitsrisiko hier enorm hoch.<sup>18</sup>

Jedoch wurden mit zunehmender Kriegsdauer nicht mehr alle schwangeren sowjetischen und polnischen Frauen in diese offiziellen „Entbindungsheime“ eingewiesen. Viele brachten ihre Kinder entweder in Ausländerlagern oder in Krankenhäusern der Region zur Welt.

„Ostarbeiterinnen“ aus Rheinhessen wurden zur Entbindung häufig in die Landes-Heil- und Pflege-Anstalt in Alzey geschickt. Wie die „Arbeitsgruppe Psychiatrie im Nationalsozialismus in Alzey“ herausgefunden hat, wurden hier zwischen April 1943 und März 1945 mindestens

---

<sup>17</sup> Zur Person Ratzeburgs siehe: Hamann, Erwünscht und unerwünscht, S. 154.

<sup>18</sup> Zu Pfaffenwald vgl.: .....

357 Kinder von „Ostarbeiterinnen“ geboren.<sup>19</sup> Auch etliche in Mainz beschäftigte Mütter wurden hier entbunden. Die Kinder, die in der Alzeyer Anstalt geboren wurden, hatten deutlich bessere Überlebenschancen als in Pfaffenwald oder Kelsterbach.<sup>20</sup>

Außerdem hatte man in etlichen größeren Firmenlagern eigene „Entbindungsräume“ und „Säuglingszimmer“ eingerichtet, z.B. im Ostarbeiterlager der Fa. M.A.N. in Mainz-Gustavsburg.

***Bild 10: Säuglingszimmer M.A.N. Mainz-Gustavsburg***

Auch im „Ostarbeiterinnen“-Lager der Firma Pfeleiderer auf der Ingelheimer Aue wurden Kinder geboren, wie eine Geburtsurkunde belegt.

***Bild 11: Geburtsurkunde Leonid Chmurenko, 25. Februar 1944 im Ostarbeiterinnenlager Gassner-allee 45-47 (= Fa. Pfeleiderer)***

Eine Abschrift dieser Geburtsurkunde wurde 1948 von der Spruchkammer im Verfahren gegen den Fabrikhaber, Dr.-Ing. Eugen Pfeleiderer, angefordert. Ihm und seiner Frau Margarete wurden u.a. die Misshandlung bzw. die Duldung von Misshandlung von Ostarbeiterinnen durch Aufseher des Fabriklagers vorgeworfen. Allerdings kam das Ehepaar Pfeleiderer am Ende des Spruchkammerverfahrens, das sich bis zur Berufungskammer fortsetzte, fast ungeschoren davon, wie so viele andere auch.

Einige Kinder waren schon mit ihren Müttern aus der Sowjetunion nach Deutschland gekommen, denn besonders in den letzten beiden Kriegsjahren wurde oft die gesamte Bevölkerung eines Dorfes gewaltsam in das Reichsgebiet verschleppt. Ihr Dorf wurde oft niedergebrannt, insbesondere in der Ukraine und in Weißrussland. Es gab für diese Kinder hier keine Schulen, sie lebten mit in den Lagern der Erwachsenen und waren tagsüber entweder sich selbst überlassen oder wurden von alten Frauen betreut, die man ebenfalls mit verschleppt hatte, die für andere Arbeiten aber nicht mehr zu gebrauchen waren. Die etwas größeren Kinder, ab etwa 5-6 Jahren, mussten tagsüber die Baracken des Lagers aufräumen, fegen und andere kleine Arbeiten verrichten. Etwas ältere Kinder mussten z.T. bereits wie Erwachsene arbeiten.

In Mainz wohnten u.a. mehrere Kinder aus Weißrussland auf dem Wohnschiff „Elsa“, das im Floßhafen an der Ingelheimer Aue ankerte und „Ostarbeiterinnen“ der Firma Erdal und weiterer kleinerer Betriebe im dortigen Industriegebiet als Unterkunft diente. Auf dem Schiff waren

<sup>19</sup> John/Rosenau, In Alzey ist nichts passiert, S. 161.

<sup>20</sup> John/Rosenau, In Alzey ist nichts passiert, S. 161.



bis zu 74 sowjetische Frauen, manche nur für einige Wochen, untergebracht; die Zahl der Kinder, die hier leben mussten, ist nicht überliefert.<sup>21</sup>

### **Zwangsarbeitskräfte als Opfer der nationalsozialistischen “Euthanasie”-Verbrechen**

Auch ausländische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in größerer Zahl unter den Opfern.<sup>22</sup> Für ihre Einweisung in die Anstalt, die in der Regel auf Veranlassung des Arbeitsamtes bzw. des Gesundheitsamtes erfolgte, war meist eine Tuberkuloseerkrankung der Grund. So wurden allein in Hadamar zwischen dem 29. Juli 1944 und dem 18. März 1945 mindestens 465 polnische und russische tuberkulosekranke Zwangsarbeiter umgebracht.<sup>23</sup>

### **Überwachung und Disziplinierung der “Ostarbeiter” durch die Gestapo**

In vielen Betrieben wurden “Ostarbeiter” und “Ostarbeiterinnen” allerdings bereits wegen kleiner „Vergehen“ von der Firmenleitung der Gestapo gemeldet. Dies hatte meist gravierende Folgen. Manchmal ließ es die Gestapo bei ein paar Tagen “Schutzhaft” bewenden; viele der verhafteten „Ostarbeiter“ wurden jedoch für meist acht Wochen in ein sog. Arbeitserziehungslager eingewiesen, im Wiederholungsfall in ein Konzentrationslager. In den ca. 200 “Arbeitserziehungslagern” des Deutschen Reiches wurden auf der äußerst fragwürdigen Basis der “vorläufigen Schutzhaft” Zehntausende von Männern und Frauen ohne richterlichen Beschluss anfangs drei Wochen, in den späteren Kriegsjahren acht Wochen lang festgehalten und unter KZ-gleichen Bedingungen zu Schwerstarbeit angetrieben.<sup>24</sup>

So wurde auch mehrere sowjetische Arbeiter, die bei der Reichsbahndirektion Mainz eingesetzt waren, wegen unerlaubten Verlassens des Lagers, wegen Nichttragen des „Ost“-Abzeichens u.ä. verhaftet und meist in das gefürchtete Arbeitserziehungslager Heddernheim (bei Frankfurt) eingeliefert. Ein wegen Diebstahls verhafteter Russe wurde in

<sup>21</sup> ITS Stadtkreis Mainz Bl. 176-179.

<sup>22</sup> Matthias Hamann, Die Morde an polnischen und sowjetischen Zwangsarbeitern in deutschen Anstalten. In: Götz Aly u.a. (Hrsg.), Aussonderung und Tod. Die klinische Hinrichtung der Unbrauchbaren. 2. Aufl. Berlin 1987 (Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik, Bd. 1), S. 121-187.

<sup>23</sup> Ernst Klee, „Euthanasie“ in Hessen. In: Knigge-Tesche/Ulrich, Verfolgung und Widerstand, S. 423-436, hier S. 430f.

<sup>24</sup> Siehe Lotfi, KZ der Gestapo.

das KZ Buchenwald überstellt, wobei es sich bei diesem Delikt meist um Diebstahl von Nahrungsmitteln aus Hunger handelte.<sup>25</sup>

Eine Reihe von ausländischen Zwangsarbeitern mussten ihre Strafen wegen Verstößen gegen die Ausländerbestimmungen auch in sog. Polizehaftlagern und anderen Straflagern verbüßen. In Mainz existierten zeitweise zwei Außenlager des SS-Sonderlagers/KZ Hinzert: eines davon auf dem Flugplatz in Finthen, das andere zunächst auf dem Gelände des Zementwerks Weisenau, bevor es auf die Ingelheimer Aue auf das Nachbargrundstück zum Pfeleiderer-Werk verlegt wurde („Lager Rhein“). Gegen Kriegsende wurden auch etliche ausländische Häftlinge aus dem Mainzer Polizeigefängnis in diese Straflager eingewiesen. In diesen Lagern herrschten KZ-ähnliche Zustände, und die Häftlinge unterschiedlicher Nationalität, darunter auch Deutsche (politische Häftlinge) mussten ihre Strafe unter menschenunwürdigen Bedingungen verbüßen. Sie mussten Schwerstarbeit verrichten, die Ernährung und die medizinische Versorgung waren völlig unzureichend. Ein Teil des Wachpersonals und der Lagerleiter waren äußerst brutal, wie in Nachkriegsprozessen zur Sprache kam.<sup>26</sup> Auf diese Straflager kann ich im Rahmen dieses Vortrags jetzt nicht näher eingehen.

Besonders hart ging die Gestapo vor, wenn sie Sabotage, Spionage oder Aufwiegelung der anderen Arbeiter gegen die deutsche Politik witterte. Ein derartiger Fall spielte sich in Mainz-Gonsenheim ab:

In einem Bericht der Geheimen Staatspolizei Darmstadt, Außenstelle Mainz, vom 8. April 1944 heißt es:

Betr.: Kaschkina, Proskowija (Pascha), geb. 16.11.1906 zu Kischew, verh., Ostarbeiterin, wohnhaft und beschäftigt bei der Firma Stumpfhaus und Bendel in Mainz-Gonsenheim.

*„Die Obengenannte wurde am 8.4.1944 gegen 20.30 Uhr durch den Meister der Schutzpolizei Mainz-Gonsenheim, Holler, wegen Abhaltung einer kommunistischen Rede im Reichsbahnlager am Großen Sand in Mainz-Gonsenheim der hiesigen Dienststelle zugeführt.*

*Holler trug den Sachverhalt wie folgt vor:*

*Er sei in das erst kurz errichtete Ostarbeiterlager der Reichsbahn am Grossen Sand in Mainz-Gonsenheim gerufen worden, weil die Obengenannte, die sich im genannten Lager zu Besuch aufgehalten hat, die*

<sup>25</sup> HHStA Wiesbaden, Datenbank Verfolgung und Widerstand (Id-Nummern 121, 619, 3235, 1167, 1213, 2133, 6560).

<sup>26</sup> Zu Mainz-Finthen: Bärbel Maul, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel, Der Ort des Terrors, Bd. 5, S. 49-53; zu Mainz Weisenau und Mainz, Ingelheimer Aue: Hedwig Brüchert, in: Wolfgang Benz/Barbara Distel, Der Ort des Terrors, Bd. 5, S. 54-60.

*dort erst kurz eingetroffenen Ostarbeiter dahingehend aufgehetzt hätte, sie sollen in Deutschland viel essen und wenig arbeiten. (...)*

*Weiter soll die K. die erst angekommenen Ostarbeiter des genannten Lagers dahin aufgeklärt haben, dass die russ. Armee bald in Deutschland wäre und dann würden die Deutschen alle vernichtet.*

*Holler hält die K. als ganz grosse Spionin, da sie auch über einen erheblichen Geldbetrag verfügt (305,- RM). (...)“*

Nach zahlreichen Verhören, in denen sie alles abtritt, wurden außer ihr noch acht weitere Personen festgenommen, die mit Pascha Kaschkina in Kontakt standen (5 Männer und 3 Frauen). Vier von ihnen (zwei Frauen und zwei Männer) wurden ebenso wie die Hauptbeschuldigte Ende November 1944 in ein Konzentrationslager eingewiesen.<sup>27</sup> Ob sie überlebten, ist nicht bekannt.

### **Kriegsende:**

Kurz vor Kriegsende war die Lage für die ausländischen Zwangsarbeiter besonders gefährlich. Sie waren nicht nur von den immer häufiger stattfindenden Luftangriffen bedroht, sondern alle Lager sollten evakuiert werden. Einzelne SS- oder Gestapoleute wollten die Zwangsarbeiter nicht in die Hände der Alliierten fallen lassen, sondern erschossen sie. So wurden auch am Mainzer Sand 31 sowjetische Männer in den letzten Kriegstagen erschossen und am Rand des Mombacher Waldfriedhofs in einem Massengrab verscharrt.

Nach dem Einmarsch der Amerikaner wurden die vorgefundenen Ausländerinnen und Ausländer in Lagern für „Displaced Persons“, den sogenannten DP-Lagern, untergebracht und betreut. Diese Lager richteten die Alliierten meist in Wehrmatskasernen ein, so auch in der Kathen-Kaserne in Mainz-Gonsenheim.

In den ersten Wochen kam es verschiedentlich zu Plünderungen durch die ehemaligen Zwangsarbeiter, in Einzelfällen auch zu Racheakten.

Der größte Teil der ausländischen Zwangsarbeiter wurde im Lauf des Jahres 1945 in ihre Heimatländer zurückgeführt. Die aus der Sowjetunion stammenden Männer und Frauen wurden oft gegen ihren Willen in den sowjetisch besetzten Teil Deutschlands transportiert, da die Westalliierten ihre Repatriierung bei der Konferenz von Jalta im Februar 1945 Stalin vertraglich zugesichert hatten, „ohne Rücksicht auf ihre individuellen Wünsche“.<sup>28</sup> Nach ihrer Rückkehr in die Sowjetunion wurden sie

<sup>27</sup> LA Speyer, H 91

<sup>28</sup> Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer, S. 127.

der Zusammenarbeit mit Hitler-Deutschland verdächtigt, vom Geheimdienst verhört und hatten oft ihr Leben lang eine berufliche und gesellschaftliche Benachteiligung zu erleiden.

Im Jahr 1951 wurden rund 3.000 während des Krieges im Gebiet der südlichen Teile des heutigen Landes Rheinland-Pfalz gestorbene Männer, Frauen und Kinder aus der Sowjetunion in ein Ehrenfeld auf dem Mainz-Mombacher Waldfriedhof umgebettet.